

PRESSEMITTEILUNG

Nürnberg, den 2. Februar 2010

Bundesjustizministerin trifft Ausländerbeiräte Bayerns

Breite Unterstützung für die Kampagne „Kommunales Wahlrecht für Alle!“

Prominent besetztes Podium bei der Delegiertenkonferenz der AGABY

Die bayerischen Parteivorsitzenden von FDP, SPD und Bündnis 90/Die Grünen sprachen am Wochenende ihre weitere Unterstützung für die Kampagne der Ausländerbeiräte Bayerns und ihrer 18 Kooperationspartner zur Einführung des kommunalen Wahlrechts auch für Nicht-EU-Bürger aus.

Das Recht auf Mitbestimmung und Mitgestaltung sei „Kernstück der Demokratie“ und müsse für alle Einwohnerinnen und Einwohner einer Kommune gelten, so Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Bundesjustizministerin und Landesvorsitzende der FDP, auf der Delegiertenkonferenz der Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns (AGABY) in Zirndorf.

Die Bundesministerin betonte die verfassungs- und gesellschaftspolitische Bedeutung des kommunalen Wahlrechts auch für sogenannte Drittstaater und will sich über das Anliegen mit ihren EU-Kollegen austauschen. Alle drei Parteien wollen das Thema auch in den Bayerischen Landtag einbringen.

„Es ist weder gut für die Demokratie, noch förderlich für die Integration, wenn ein großer Teil der Bevölkerung als Bürger dritter Klasse von der politischen Partizipation ausgeschlossen bleibt“, so Mitra Sharifi Neystanak, Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns (AGABY). „Auch das Bundesverfassungsgericht“, so Sharifi, „verlangt, die Kluft zwischen Wahlvolk und Wohnvolk zu schließen.“ Der Abgeordnete des Europäischen Parlaments, Ismail Ertug (SPD) wies darauf hin, dass viele europäische Länder das kommunale Wahlrecht für Alle längst erfolgreich eingeführt haben.

Am Beispiel des Kabarettisten Django Asül verwies der SPD-Landesvorsitzende Florian Pronold auf die Ungleichbehandlung von EU- und Nicht-EU-Ausländern: Sein ehemaliger Schulfreund aus der Türkei ist in Niederbayern aufgewachsen, darf aber in seinem Heimatort Hengersberg nicht einmal den Gemeinderat wählen. „Das kann nicht sein“, schloss Pronold.

Dieter Janecek, Vorsitzender der bayerischen Grünen, hat als gebürtiger Österreicher die Ausgrenzung von der kommunalen Mitbestimmung bis zur Einführung des kommunalen Wahlrechts zumindest für EU-Bürger im Jahre 1992 selbst erfahren. Der Weg hin zu einer Grundgesetzänderung sei mühsam, betonte Janecek, es brauche „einen langen Atem und viele Bündnispartner“.

Leutheusser-Schnarrenberger ist überzeugt, dass nicht der Gang zum Europäischen Gerichtshof der richtige Weg ist, das Anliegen weiterzubringen: „Es braucht eine breite Basis von unten. Das Thema muss in die entsprechenden Gremien eingebracht werden.“

Im Zuge der Podiumsdiskussion beschlossen AGABY und die anwesenden Kooperationspartner, die im September 2009 gestartete Kampagne „Demokratie braucht JEDE Stimme! Einführung des kommunalen Wahlrechts für Alle!“ auch in 2010 fortzuführen. Bisher unterstützen rund 70 Organisationen und 4.000 Einzelpersonen das Anliegen. Die Bündnispartner, darunter Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften, Migrantenorganisationen sowie der Bayerische Jugendring, wollen weitere Unterstützer gewinnen und deutlich mehr Unterschriften sammeln.

Zentrales Thema der Delegiertenkonferenz der AGABY war neben dem Kommunalen Wahlrecht für Alle auch die Reform der Ausländerbeiräte Bayerns. Die bayerischen Delegierten sprachen sich mit deutlicher Mehrheit für die Reform aus. AGABY ist nun über die demokratisch gewählten Beiräte hinaus auch für weitere kommunale Räte und Beiräte, die das Ziel der Partizipation der Migranten an kommunalen Entscheidungen und Integrationsprozessen verfolgen, offen. Die Satzungsänderung trägt auch der aktuellen Entwicklung in Bayern Rechnung, nach der die Beiräte nicht wie ursprünglich eine reine Vertretung der (Pass-)Ausländer sind, sondern sich bereits vielerorts für Eingebürgerte bzw. Spätaussiedler geöffnet haben. Vier weitere Ausländer-, Migranten- bzw. Integrationsbeiräte Bayerns – Straubing, Landshut, Gunzenhausen und Bad Kissingen – konnten somit als neue Mitglieder in der AGABY aufgenommen werden. Die Reform der AGABY spiegelt sich auch in einer erweiterten Namensgebung wider: AGABY steht nun für Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns.

Die Delegiertenversammlung verabschiedete zudem eine Resolution, die die Aufhebung des Optionszwangs nach § 29 Staatsangehörigkeitsgesetz fordert, der junge Menschen zwischen dem 18. und 23. Lebensjahr zwingt, sich für die deutsche oder ihre andere Staatsangehörigkeit zu entscheiden. Die Delegierten fordern die Abschaffung der Optionsregelung und die Hinnahme der Mehrstaatlichkeit.

In einer weiteren Resolution warnen die bayerischen Ausländerbeiräte vor den besonders harten Folgen der Wirtschaftskrise für die Migrantenbevölkerung. Gerade Migranten sind von den negativen Auswirkungen wie steigender Arbeitslosigkeit und zunehmender Alters- und Kinderarmut besonders betroffen. Die Gefahr der gesellschaftlichen Ausgrenzung steigt damit weiter an.

Einstimmig sprachen sich die Delegierten auch für die Unterstützung des Antrages des Ausländerbeirates der Stadt Nürnberg aus und schlossen sich der Ansicht an, dass die Bundesregierung statt ein Betreuungsgeld einzuführen den Kommunen genügend Finanzmittel zum Ausbau der Kindertagesstätten zur Verfügung stellen sollte mit dem Ziel, gebührenfreie bzw. kostengünstige und ausreichende Plätze für alle Kinder in Kinderkrippen, Kindergärten und Horten zur gewährleisten.

Als neues Vorstandsmitglied der AGABY wurde Frau Paraskevi Daki-Fleischmann, Vorsitzende des Ausländerbeirates Starnberg gewählt.

Kontakt:

Mitra Sharifi

Vorsitzende der AGABY

Tel.: 0171 / 4175862